



**GRÜNE**

**FRAKTION DER**

**BUNDESVERSAMMLUNG**

**LEGISLATURBILANZ**

**2011-2015**

**KURZFASSUNG**

## KAMPF UM

# GRÜNE MEHRHEITEN

**Die Grünen als grösste Nichtregierungspartei.** Die Grünen sind die konsequenteste und kompetenteste Partei für mehr Umweltschutz und soziale Verantwortung. Trotz einer grösseren Parteienvielfalt in der bürgerlichen Mitte blieben sie so auch in der vergangenen Legislatur mit Abstand die grösste Nichtregierungspartei. Auch in den Kantonen sind die Grünen weiterhin gut abgestützt: in den Kantonsparlamenten haben sie 18 Parlamentssitze mehr als glp und BDP zusammen und in den kantonalen Regierungen sind die Grünen doppelt so stark vertreten wie diese beiden Parteien zusammen. In dieses Bild passt auch, dass Franziska Teuscher und Antonio Hodgers aus einem erfreulichen Grund zurücktraten: Beide schafften den Sprung in die Exekutive – in der Stadt Bern beziehungsweise im Kanton Genf. Ausserdem stellten die Grünen während der Legislatur drei Kommissionspräsidien: Ueli Leuenberger präsierte die SPK-N (2011–2013) und Robert Cramer die SPK-S (2011–2013), Alec von Graffenried war Präsident der RK-N (2013–2015) und Daniel Vischer amtierte als Vize-Präsident der FK-N (2013–2015).

**Erstmals eine Grüne als « Première citoyenne ».** Ein Highlight war die erstmalige Wahl einer Grünen als Nationalratspräsidentin. Maya Graf agierte als eine sympathische und kompetente Botschafterin für das ganze Parlament und für grüne Anliegen. Ihre unkomplizierte und herzliche Art schaffte in der ganzen Schweiz viele Sympathien für die Grünen. Mit ihrer Einladung des Dalai Lamas ins Bundeshaus konnte sie auch ein politisches Zeichen für den Respekt der Menschenrechte setzen.

**Umweltschutzgesetz nach 30 Jahren modernisieren.** Die Grüne Volksinitiative für eine grüne Wirtschaft löste als Gegenvorschlag eine längst fällige Revision des Umweltschutzgesetzes aus. Endlich soll der Ressourcenverbrauch als Hauptursache vieler Umweltprobleme reduziert werden. Gegen erbitterten Widerstand von Economiesuisse erreichten die Grünen, dass die Revision nun im Detail von beiden Räten debattiert wird. Allerdings fiel der Entscheid haarscharf mit einem Stichtscheid. Das zeigt: diesen Herbst sind Richtungswahlen für den Umweltschutz.

**Atomausstieg und die Energie- und Klimawende ernst nehmen.** Nach Fukushima hatten die meisten Parteien und der Bundesrat einen fundamentalen Wandel in der Energiepolitik angekündigt. Die Energiestrategie 2050 war damit eines der Kerndossiers der vergangenen Legislatur. Die Ziele wurden im Laufe der parlamentarischen Beratung jedoch immer weiter heruntergeschraubt. Gemäss Smartvote versprach eine klare Mehrheit der amtierenden Nationalrätinnen und Nationalräte, sich im Parlament für einen Atomausstieg bis spätestens 2034 einzusetzen. Doch dieses zentrale und unmissverständliche Wahlversprechen von 2011 wurde nicht eingehalten. Die Grünen dagegen setzen sich weiter für einen fixen Abschalttermin ein. Sollten sie dies im Parlament nicht erreichen, werden sie ihre Atomausstiegs-Initiative zur Abstimmung bringen.

**Dank den Grünen kommt eine Biodiversitätsstrategie.** Die Grünen begrüssen den Entwurf einer umfassenden Biodiversitätsstrategie, welche eine Vielzahl von Bereichen einbezieht. Land- und Forstwirtschaft, Freizeit und Sport, Siedlung und Verkehr sowie die Wirtschaft profitieren allesamt von der Vielfalt des Lebens. All diese Bereiche müssen einen Beitrag dazu leisten, die Biodiversität zu fördern. Erst dank den Grünen packt die Schweiz nun diese zentrale Herausforderung an.

**Bilaterale und Personenfreizügigkeit erhalten.** Die Grünen haben sich als erste und während Monaten als einzige Fraktion rasch nach der knapp ausgegangenen Abstimmung vom 9.2.2014 für eine Beibehaltung der Bilateralen und für eine nicht-diskriminierende Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative eingesetzt. Sie vertreten diese Position weiterhin engagiert und freuen sich, dass diese Haltung unterdessen auch bei anderen Parteien Unterstützung gewonnen hat. Sie setzten sich konsequent auch gegen die abschottende Ecopop-Initiative ein. Gleichzeitig kritisieren sie als wachstumskritische Partei weiterhin das Standortdumping und eine Wirtschaftsförderung, welche auf Tiefstlöhne und Steuerdumping statt auf nachhaltige Entwicklung setzt.

**Libérale Grundrechte verteidigen.** Die Grünen profilierten sich auch als Verteidiger der Grundrechte. Grundrechte sind kein Schönwetterprogramm - im Gegenteil. So kritisierten die Grünen als einzige Partei konsequent den unkontrollierten Ausbau des Überwachungsstaats und des Geheimdienstes. Sie wehrten sich konsequent, aber leider ebenfalls ohne Erfolg, gegen die ständigen Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht. Die Grünen stehen auch für eine liberale Familienpolitik, welche die verschiedenen Formen des Zusammenlebens respektiert. Sie fordern entsprechend gleiche Rechte für Regenbogenfamilien.

Balthasar Glättli, Fraktionspräsident

## GRÜNE GEWINNEN AN DER URNE

Bei 22 von 37 nationalen Abstimmungen entschied die Bevölkerung gemäss der Parolenempfehlung der Grünen. Sie lagen damit oft näher an der Volksmeinung als das nationale Parlament. Besonders erfreulich waren die folgenden Abstimmungserfolge:

1. Das JA zum revidierten Raumplanungsgesetz, das Anreize zur Verdichtung und gegen die Zersiedelung bringt.
2. Das JA zum Zweitwohnungsgesetz und zum Schutz der Berglandschaften. Die Zweitwohnungsinitiative wurde von den Grünen unterstützt.
3. Das deutliche NEIN zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Die Grünen hatten zuvor das Referendum gegen den Gripen ergriffen.
4. Das wuchtige NEIN zur ausgrenzenden Ecopop-Initiative. Die Grünen hatten bereits bei der Lancierung der Initiative ein NEIN beschlossen.
5. Das JA zur Finanzierung und zum Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI) und drei Monate später das NEIN zur Erhöhung der Autobahnvignette und damit zur Finanzierung neuer Strassen.
6. Das JA zur Abzockerinitiative und der damit verbundene Schuss vor den Bug der Topmanager mit ihren überteuerten Löhnen und Vergütungen.
7. Das NEIN zur populistischen Volkswahl des Bundesrates und zum obligatorischen Volksentscheid bei internationalen Verträgen.
8. Das NEIN zu den Familieninitiativen von CVP und SVP, die das traditionelle Familienmodell mit männlichem Ernährer und Frau am Herd zementieren wollten.
9. Das doppelte NEIN zum Bausparen und weiteren Steuerprivilegien für vermögende Bevölkerungsschichten.
10. Das NEIN zum Angriff auf die Fristenregelung.



**GRÜNE / LES VERTS / I VERDI**  
WAISENHAUSPLATZ, CH - 3011 BERN  
T 031 326 66 00  
E [GRUENE@GRUENE.CH](mailto:GRUENE@GRUENE.CH)